

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den



Stadttrat zu Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 3 Mk., monatlich 1 Mk., durch die Post vierteljährlich 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 12 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstelle, sowie die Zeitungsboten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.

Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 25 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 30 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingekauft die Zeile 75 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hieke.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postfachkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Sichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtendorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 170

Bad Schandau, Donnerstag, den 4. September 1919

63. Jahrgang

## Lebensmittel betr.

Freitag, den 5. September:

**Wild** — Hirsch — bei Koppasch vorm. von 8—12 Uhr. Die Wildfleischkarten Nr. 841—1090, Abschnitt 2, sind an der Reihe.

Schandau, am 4. September 1919.

Der Stadttrat.

## Kohlenversorgung betr.

Freitag, den 5. d. M., können beliefert werden:

Die Abschnitte 10 und 11 der weißen, grünen und rosafarbenen Kohlenkarte mit je 1/2 Zentner böhmischer Braunkohlen. Zentner 5.80 M. Ausgabe bei Reichert an der Elbe.

Schandau, den 4. September 1919.

Der Stadttrat.

## Kurtheater betr.

Wegen des bevorstehenden Schlußes der diesjährigen Spielzeit des Kurtheaters hat Herr Kurtheater-Direktor Hofschauspieler Albert Bauer die **Rückgabe der Sicherheit von 2000 M.** beantragt, die von ihm auf Anordnung der Kreishauptmannschaft Dresden wegen aller aus seinem hiesigen Unternehmen gegen ihn etwa entstehenden Ansprüche bei unserer Stadtkasse hinterlegt worden ist.

Bevor wir diesen Antrag der Kreishauptmannschaft einberichten, fordern wir hiermit alle Personen, welche glauben, daß ihnen aus dem hiesigen Unternehmen des Herrn Hofschauspieler Bauer noch Ansprüche gegen diesen zustehen, dies bis spätestens nächsten

Montag, den 8. ds. Mts., mittags 12 Uhr

unter Angabe der Höhe der Forderung und ihres Grundes bei uns anzuzeigen.

Schandau, am 4. September 1919.

Der Stadttrat.

Fortsetzung des amtlichen Teiles auf der 3. und 4. Seite.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Eine Note der Entente verlangt die Abänderung der Reichsverfassung in Sachen des Anschlusses Deutsch-Osterreich; sollte die Änderung nicht binnen 14 Tagen vollzogen sein, so sollen weitere Gebiete am Rhein besetzt werden.

\* Nach einem Beschlusse der Reichsregierung soll die Waffenstillstandskommission allmählich aufgelöst werden.

\* In Braunschweig sind die Unabhängigen aus der Landesversammlung ausgeschlossen.

\* Wie verlautet, ist Korsantj zum Vertreter Polens bei der Volksabstimmungskommission der Entente für Oberschlesien ernannt worden.

\* Dr. Renner ist in St. Germain der Friedensvertrag für Deutsch-Osterreich überreicht worden.

\* Die österreichischen Eisenbahner beschloffen wegen Lohn-differenzen in den Generalstreik einzutreten.

\* Die Tiroler wollen nicht unter italienische Fremdherrschaft und wenden sich mit der Bitte um Hilfe an den amerikanischen Senat.

\* Eine Ententekommission zur Überwachung des deutschen Heereswesens ist von Paris nach Deutschland abgefahren.

\* In Zukunft liefert England täglich 3000 deutsche Kriegsgefangene ab.

\* In ganz Albanien ist ein blutiger Aufruhr gegen die Italiener ausgebrochen. Die italienischen Truppen wurden an vielen Stellen geschlagen.

## Das neueste Ultimatum.

Die Entente hat dem Deutschen Reich ein neues Ultimatum geschickt, bei dessen Nichtbeachtung ein Teil des rechten Rheinufers besetzt werden solle. Was wird gefordert?

Die neue Verfassung enthält einen Artikel, der „nach etwas aussieht“, in Wahrheit aber ziemlich belanglos ist, weil er Vorsorge für recht entfernte Zukunftsmöglichkeiten trifft. Dieser Artikel 61 enthält die Zukunftsmöglichkeit, daß Deutsch-Osterreich nach seinem Anschluß an das Reich so und soviel Vertreter im Reichsrat erhält. Bis dahin haben seine Vertreter beratende Stimme. Man sieht, all das besagt tatsächlich gar nichts: Das Recht, unverantwortlich im Reichsrat mitzureden, kann man selbstverständlich jedem Belieben einräumen. Und die Bestimmung über die Zahl der künftigen Vertreter eines ins Reich aufgenommenen Osterreichs im Reichsrat hat noch weniger Wert. Geseht den Fall, Deutsch-Osterreich — das auf seinen Anschluß an das Reich der Entente gegenüber ausdrücklich verzichtet hat! — käme einmal später in die Lage und hätte die Absicht, sich uns anzuschließen — ob man dann wohl auf diesen Anschluß verzichtete, weil es sich einen Reichsratsvertreter mehr bedänge und nicht sehr gern in diesem Falle die Reichsverfassung ändern würde?

Der Artikel ist also inhaltlich bedeutungslos; er steht nur nach etwas aus. Das hat der Entente vollkommen genügt, um der dieses Schauspiel nachgerade gewöhnten Welt einmal wieder zu zeigen, daß dem Deutschen Reich jede Demütigung zugefügt werden kann. Sie verlangt unter schwerster Drohung von der deutschen Regierung, sie solle binnen 15 Tagen die Verfassung in jenem Artikel ändern. Dieser könnte nämlich — man staune! — in Widerspruch mit Artikel 80 des Friedensvertrages. Da dieser Artikel nun dem Deutschen Reich die Verpflichtung auferlegt, sich Deutsch-Osterreich nur unter Zustimmung des Völkerbundes anzugliedern, und selbst das schärfste Auge in der angefochtenen Bestimmung der Verfassung nicht den entferntesten Hinweis auf die Absicht entdecken kann, diese — von Deutsch-Osterreich zurzeit gar nicht gewünschte — Angliederung ohne die Erlaubnis des Völkerbundes vorzunehmen, so

Könnte man das Aufbegehren der Entente höchstens als die Absicht, uns vor aller Welt zu demütigen, auffassen.

Als die Reichsregierung vor wenigen Tagen mitteilte, sie habe die von der französischen Regierung bei Gelegenheit des Todes des Sergeanten Manheim ohne jeden Rechtsgrund geforderte Million Goldmark bezahlt, da wurde hinzugefügt, die Reichsregierung habe dies unter grundsätzlicher Wahrung ihres entgegengesetzten Rechtsstandpunktes getan, um die Atmosphäre zwischen uns und Frankreich zu bessern. Die Antwort auf dieses Beginnen ist die neueste Drohnote...

## Wortlaut des Ultimatus.

Dienstag nachmittag 4 Uhr 25 Minuten ist die folgende Note des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau als Vorsitzenden der Friedenskonferenz, die von Versailles Dienstag morgen abgeandt wurde, in Berlin eingetroffen:

Die alliierten und assoziierten Mächte haben von der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 Kenntnis genommen. Sie stellen fest, daß die Bestimmungen des Artikels 61 Abs. 2 eine förmliche Verletzung des Artikels 80 des in Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrages enthalten. Diese Verletzung ist doppelter Art:

1. Indem Artikel 61 die Zulassung Osterreichs zum Reichsrat auspricht, stellt er diese Republik den das Deutsche Reich bildenden „Deutschen Ländern“ gleich — eine Gleichstellung, die mit der Achtung der österreichischen Unabhängigkeit nicht vereinbar ist.

2. Indem er die Teilnahme Osterreichs am Reichsrat zuläßt und regelt, schafft der Artikel 61 ein politisches Band zwischen Deutschland und Osterreich und eine gemeinsame politische Betätigung in vollkommenem Widerspruch mit der Unabhängigkeit Osterreichs. Die alliierten und assoziierten Mächte erinnern daher die deutsche Regierung an den Artikel 178 der deutschen Verfassung, wonach die Bestimmungen des Vertrages von Versailles durch die Verfassung nicht berührt werden können und fordern die deutsche Regierung auf, die gehörigen Maßnahmen zu treffen, um diese Verletzung unverzüglich durch Kraftloserklärung des Artikels 61 Abs. 2 zu beseitigen.

Unter Vorbehalt weiterer Maßnahmen für den Fall der Weigerung und auf Grund des Vertrages selbst (namentlich des Artikels 429) erklären die alliierten und assoziierten Mächte der deutschen Regierung, daß diese Verletzung ihrer Verpflichtungen in einem wesentlichen Punkte die Mächte zwingen wird, unmittelbar die Ausdehnung ihrer Befugung auf dem rechten Rheinufer zu beschließen, falls ihre gerechte Forderung nicht innerhalb 14 Tagen, vom Datum der vorliegenden Note gerechnet, erfüllt ist.

## Was wird die Regierung tun?

Die deutsche Regierung wird unverzüglich antworten. Vermutlich wird sie darauf hinweisen, daß eine Änderung der Verfassung in dem geforderten Sinne nicht in einigen Tagen vorgenommen werden kann. Dazu muß die Nationalversammlung zusammentreten, und das kann nicht gleichsam von einem Tage zum andern geschehen. Sodann wird darauf hingewiesen werden müssen, daß der Artikel 61 der Verfassung so lange keine Kraft habe, als nicht der Rat des Völkerbundes über das völkerrechtliche Verhältnis Deutsch-Osterreichs zu Deutschland seine ausdrückliche Zustimmung ausgesprochen hat. Die deutsche Verfassung spricht aber ausdrücklich davon, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages durch die Verfassung nicht berührt werden, danach bleibt auch Artikel 80 des Friedensvertrages geltendes Recht.

## Organisation der Gefangenen-Heimkehr.

Täglich 3000 Mann aus England.

Wie amtlich mitgeteilt wird, sind bis jetzt an drei Tagen je 1000 Kriegsgefangene aus englischer Hand zurückbefördert worden. In Zukunft werden aber täglich 3000 Mann in Köln eintreffen. Die Angehörigen von Kriegsgefangenen in englischer Hand werden von den Behörden aus diesem Grunde gebeten, Brief- und Paket-sendungen dorthin einzustellen.

## Die Gruppe „Rhein“.

Im Zusammenhang mit den Meldungen über die Heimkehr der Kriegsgefangenen war in letzter Zeit verschiedentlich die Rede von dem Stabe der Gruppe „Rhein“, der in Bad Homburg seinen Sitz hat und bis dahin wenig bekannt geworden war, und der zu einer wichtigen Rolle bei der Heimkehr der Kriegsgefangenen berufen ist. Es wird daher interessieren, einige Einzelheiten über die Organisation und Tätigkeit in dieser Amtsstelle zu erfahren. Um eine geordnete Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen zu ermöglichen, hat das Kriegsministerium in Berlin seit Juni etwa eine das ganze Reich umfassende Organisation durchgeführt. Als Zentralstelle ist im Kriegsministerium eine Abteilung für zurückgeführte Kriegsgefangene eingerichtet, die unter Leitung des Obersten v. Francken steht. Diese Zentralstelle hat das gesamte Reichsgebiet in sieben Gruppen eingeteilt, die ihren Sitz in Breslau, Bartenstein, Stettin, Wilhelmshaven, Konstanz und Bad Homburg haben. Der bedeutendste Anteil fällt der Gruppe „Rhein“ in Bad Homburg zu. Sie hat den Zweck, die Heimführung aller auf französischem und belgischem Boden in französischer, belgischer, englischer und amerikanischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen, ungefähr 500 000 Mann, in die Wege zu leiten. Chef der Gruppe „Rhein“ ist Major Papst von Dhain. Seiner Gruppe sind die an der Rheinlinie von Duisburg bis Offenburg entlang liegenden Übergangsstationen Haspe-Deuling, Köln-Deus, Limburg, Darmstadt, Mannheim, Offenburg unterstellt, in denen die Kriegsgefangenen von besonderen Abnahme-kommissionen empfangen und in die folgenden Durchgangslager weitergeleitet werden: Meschede, Sieben, Homburg, Wehlar, Göttingen, Hammelburg, Eglosheim, Söbnapern, Mannheim, Tauberbischofsheim und Mastitz. Die einmalige Belegungsstärke dieser Durchgangslager schwankt zwischen 1000 und 3000 Mann. Die Lager sind schon seit längerer Zeit für den Empfang der Gefangenen hergerichtet. Der Aufenthalt dort ist für etwa drei Tage berechnet.

## Polnisches Anwesen.

Die Grenz kämpfe in Oberschlesien.

Nach einer amtlichen Mitteilung findet seit der Niederwerfung des Polenaufstandes in Oberschlesien dauernd eine Beunruhigung unserer Grenzwarden statt. Infanterie-, Maschinengewehr- und Minenwerferfeuer schlägt uns tagtäglich von jenseits der Grenze entgegen. Heimtückische Überfälle bewaffneter Banden, die aus polnischem Gebiet vorstoßen und beim Gegenstoß unserer Truppen sich ebenso schnell dorthin in Sicherheit bringen, sind an der Tagesordnung. Der polnische Grenzschutz tut nichts, um diese Übergriffe, die sich vor seinen Augen abspielen, zu verhindern. Im Gegenteil, die Banden werden von der polnischen Armee organisiert, mit Waffen und Munition versehen, und von polnischen Offizieren für ihre Aufgabe geübt.

Das Generalkommando des 6. Armeekorps hat die in Oberschlesien weilende Ententekommission auf dieses Verhalten der Polen aufmerksam gemacht und gebeten, an Ort und Stelle die polnischen Übergriffe festzustellen, um eine Abhilfe herbeizuführen. Die Erbitterung unseres